



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP sowie der Abgeordneten des SSW

Gemeinsam für ein starkes und geschütztes jüdisches Leben in Schleswig-Holstein einsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht den Angehörigen der Opfer des Anschlags auf die Synagoge in Halle am höchsten jüdischen Feiertag sein Beileid aus. Der Landtag solidarisiert sich mit unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern des Landes.

Der Täter in Halle handelte aus antisemitischen, rassistischen und rechtsextremistischen Motiven heraus. Diese Tat und die gesellschaftliche Entwicklung machen deutlich, dass extremistische und antisemitische Ansichten in unserer Gesellschaft ein zunehmendes Problem darstellen. Die kürzlich erschienene Shell-Studie macht deutlich, dass eine große Anzahl befragter Jugendlicher für populistische Aussagen empfänglich ist. Dies ist ein Trend, dem wir entschieden entgegentreten müssen.

Der Landtag begrüßt die von der Landesregierung bereits in der Vergangenheit ergriffenen Maßnahmen zur Wahrung und Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein. Dazu gehören der Abschluss eines Staatsvertrages im Jahr 2018 und die zur Verfügung gestellten Investitionsmittel für die jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein. Insbesondere die Einrichtung eines Beauftragten für das jüdische Leben und gegen Antisemitismus wird ab 2020 eine Bereicherung sowie ein wichtiger Ansprechpartner für jüdisches Leben in Schleswig-Holstein sein.

In einem weiteren gemeinsamen Dialog mit den jüdischen Gemeinden sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Weiterhin ein regelmäßiger Austausch mit den Sicherheitsbehörden über angemessene Schutzmaßnahmen von jüdischen Einrichtungen in Schleswig-Holstein
- Stärkung der Erinnerungskultur und des Dialogs innerhalb der Gesellschaft
- Überprüfung der Lehrpläne und Fachanforderungen
- Zusammenarbeit mit, aber auch gesetzlicher Druck auf Betreiber von Internet-Plattformen und sozialen Medien, antisemitische Äußerungen und Darstellungen zu löschen und zur Anzeige zu bringen.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Martin Habersaat
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Christopher Vogt
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW